

## Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7

12. Dezember 2022

Wir, die Staats- und Regierungschefs der Gruppe der Sieben (G7), sind am 12. Dezember zusammengekommen, um über die Fortschritte unserer Zusammenarbeit im Rahmen der deutschen Präsidentschaft zur gemeinsamen Bewältigung der weltweiten Herausforderungen in Zeiten schwerer geopolitischer Krisen und zu einem für die Weltwirtschaft kritischen Zeitpunkt zu beraten. An unserem Treffen hat auch der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selensky, teilgenommen. In diesem Jahr standen wir angesichts Russlands illegalem, nicht zu rechtfertigendem und unprovokiertem Angriffskrieg gegen die Ukraine enger beisammen denn je, an der Seite der Ukraine und im unablässigen Einsatz für unsere gemeinsamen Werte, die regelbasierte multilaterale Ordnung und die internationale Zusammenarbeit.

Heute bekräftigen wir unsere unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine und unsere unverbrüchliche Solidarität mit ihr im Angesicht des fortdauernden russischen Angriffskriegs, und zwar so lange wie nötig. Wir verurteilen die fortwährenden unmenschlichen und brutalen Angriffe Russlands, die auf die kritische Infrastruktur, insbesondere auf Energie- und Wasserversorgungsanlagen, sowie auf Städte in der ganzen Ukraine abzielen, und wir erinnern daran, dass willkürliche Angriffe sowie Angriffe auf die Zivilbevölkerung oder auf zivile Objekte ein Kriegsverbrechen darstellen. Wir verurteilen auch diejenigen, die Putins illegalen Krieg ermöglichen. Wir sind entschlossen, die Ukraine dabei zu unterstützen, ihre kritische Energie- und Wasserinfrastruktur zu reparieren, wiederherzustellen und zu verteidigen. Wir werden der Ukraine dabei helfen, sich für den Winter zu rüsten, werden die zivile Resilienz der Ukraine weiterhin stärken und unsere Bemühungen hierzu im Rahmen der am 13. Dezember in Paris stattfindenden internationalen Konferenz weiter intensivieren. Es ist unser Ziel, dass Russland letztlich für die Wiederherstellung der kritischen Infrastruktur, die durch seinen brutalen Krieg beschädigt oder zerstört wurde, zahlen muss. Für Kriegsverbrechen und andere Gräueltaten darf es keine Straflosigkeit geben. Wir werden Präsident Putin und die Verantwortlichen im Einklang mit dem Völkerrecht zur Rechenschaft ziehen. Wir bekräftigen, dass Russlands unverantwortliche nukleare Rhetorik inakzeptabel ist und dass jeglicher Einsatz chemischer, biologischer oder nuklearer Waffen schwerwiegende Konsequenzen nach sich zöge.

Aufbauend auf unseren bisherigen Verpflichtungen werden wir weiterhin internationale Unterstützung mobilisieren, um der Ukraine dabei zu helfen, ihren dringenden kurzfristigen Finanzierungsbedarf zu decken. Wir ersuchen unsere Finanzministerinnen und -minister, in Kürze zusammenzukommen, um über einen gemeinsamen Ansatz für abgestimmte Budgethilfen für das Jahr 2023 zu beraten. Wir bestätigen, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) eine zentrale Rolle in diesem Bemühen spielen sollte.

Wir unterstützen nachdrücklich Anstrengungen zur Sicherung der unmittelbaren Finanzstabilität der Ukraine sowie ihren Neu- und Wiederaufbau mit dem Ziel einer nachhaltigen und demokratischen Zukunft in Wohlstand, im Einklang mit dem europäischen Kurs des Landes. Wir werden auf den Ergebnissen der Internationalen Fachkonferenz über die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine, die am 25. Oktober in Berlin stattfand, aufbauen, auch auf der Ukraine Recovery Conference vom 21. bis 22. Juni 2023 in London. Insbesondere werden wir, mit Blick auf die Unterstützung des Neu- und Wiederaufbaus sowie der wirtschaftlichen Erholung der Ukraine, gemeinsam mit der Ukraine und unseren internationalen Partnern und in enger Abstimmung mit einschlägigen internationalen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen eine von vielen Akteuren getragene Plattform zur Geberkoordinierung einrichten. Über diese Plattform werden wir bestehende Mechanismen koordinieren, um fortdauernde kurz- und langfristige Unterstützung zu leisten - wobei dem Finance Track besondere Verantwortung für die kurzfristige finanzielle Unterstützung zukommt -, weitere internationale Finanzierung und Fachkenntnisse koordinieren sowie die Ukraine in ihrer Reformagenda bestärken und zu Wachstum anregen, das vom Privatsektor getragen wird. Ferner werden wir ein Sekretariat für die Plattform einrichten. Wir werden jeweils eine hochrangige Regierungsvertreterin oder einen hochrangigen Regierungsvertreter zur Überwachung der Einrichtung der Plattform sowie der laufenden Koordinierungsbemühungen benennen und ersuchen sie darum, so bald wie möglich im Januar 2023 zusammenzukommen.

Mit Blick auf eine tragfähige Friedensregelung nach dem Krieg sind wir weiterhin bereit, uns gemeinsam mit der Ukraine sowie interessierten Ländern und Institutionen auf langfristige Sicherheits- und andere Zusagen zu verständigen, um der Ukraine dabei zu helfen, sich im Einklang mit ihren in der Charta der Vereinten Nationen (VN-Charta) verankerten Rechten selbst zu verteidigen, ihre freie und demokratische Zukunft zu sichern und künftige russische Angriffshandlungen zu verhindern.

Wir werden uns in unserem Bemühen, den dringenden Bedarf der Ukraine an militärischem Gerät und Verteidigungsgütern zu decken, weiterhin abstimmen und dabei den unmittelbaren Schwerpunkt auf die Ausstattung der Ukraine mit Luftabwehrsystemen und -fähigkeiten legen.

Ferner betonen wir erneut, dass wir Russlands fortdauernde Besetzung und Militarisierung des ukrainischen Kernkraftwerks Saporischschja, die Entführung und die berichtete Misshandlung ukrainischen Personals sowie die bewusste Destabilisierung seines Betriebs scharf verurteilen. Wir unterstützen die Bemühungen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zur Einrichtung einer Sicherheitszone.

Der russische Angriffskrieg muss enden. Bislang haben wir keine Belege dafür gesehen, dass Russland zu nachhaltigen Friedensbemühungen entschlossen ist. Russland kann diesen Krieg unverzüglich beenden, indem es seine Angriffe auf die Ukraine einstellt und seine Truppen vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht. Wir begrüßen Präsident Selenskys Initiative für einen gerechten Frieden und unterstützen diese.

Wir bleiben unseren beispiellosen abgestimmten Sanktionsmaßnahmen als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg verpflichtet. Wir werden den wirtschaftlichen Druck auf Russland und auf diejenigen, die unsere restriktiven Maßnahmen umgehen oder unterlaufen, aufrechterhalten und erhöhen. Wir werden gefährdete Länder, die von den Auswirkungen von Russlands Angriffskrieg und seinem Einsatz von Energie und Nahrungsmitteln als Waffen stark betroffen sind, weiterhin schützen.

Wir bekräftigen unsere Absicht, auf unseren jeweiligen Märkten schrittweise aus Rohöl und Erdölzeugnissen russischer Herkunft auszusteigen. In der Woche vom 5. Dezember 2022 ist die Preisobergrenze für auf dem Seeweg befördertes russisches Rohöl in unseren jeweiligen Staaten und Gebieten in Kraft getreten, womit wir unserer Verpflichtung nachkommen, Russland dabei einzuschränken, von seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine zu profitieren, die Stabilität auf den globalen Energiemärkten zu fördern und negative wirtschaftliche Übertragungseffekte von Russlands Angriffskrieg, insbesondere auf Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, auf ein Minimum zu begrenzen. Wir ermutigen Drittstaaten, die Rohöl und Erdölzeugnisse russischer Herkunft einführen möchten, die auf dem Seeweg befördert werden, die Preisobergrenze zu nutzen. Wir bekräftigen unseren Beschluss, dass die Preisobergrenze für Erdölzeugnisse russischer Herkunft am 5. Februar 2023 in Kraft treten wird.

Russlands Krieg in der Ukraine verstärkt bestehende Verwundbarkeiten der Weltwirtschaft, was unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten der Menschen in unseren Ländern und auf die schwächsten Bevölkerungsgruppen der Welt hat. Wir werden auch weiterhin alle verfügbaren politischen Instrumente einsetzen, um weltweit finanzielle und makroökonomische Stabilität, Preisstabilität sowie die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aufrechtzuerhalten, und dabei gleichzeitig die bedürftigsten Menschen gezielt unterstützen sowie zusammen daran arbeiten, unsere gemeinsame wirtschaftliche Sicherheit mit Blick auf externe Schocks und sonstige Risiken zu erhöhen.

Wir werden öffentliche Investitionen und Strukturreformen vornehmen, um langfristiges Wachstum zu fördern. Wir werden uns weiterhin abstimmen, um den dringenden Bedürfnissen der am stärksten gefährdeten Länder nachzukommen, und zu privaten Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern als wesentliche Voraussetzung für einen nachhaltigen Wirtschaftskurs anregen.

Wir werden an unserem Ziel festhalten, die globale Ernährungsunsicherheit zu überwinden, auch durch das Bündnis für globale Ernährungssicherheit. Wir werden die Lieferung von Getreide und Düngemitteln in gefährdete Länder, die auf Hilfe angewiesen sind, weiterhin unterstützen und begrüßen die jüngsten Maßnahmen unter Führung des Welternährungsprogramms (WFP) in diesem Bereich. Wir begrüßen die Verlängerung des Schwarzmeerabkommens über die Ausfuhr von Getreide sowie weitere Bemühungen, die Welt mit ukrainischen Nahrungsmitteln zu beliefern, wie die EU-Solidaritätskorridore und die Initiative „Grain from Ukraine“.

In Bekräftigung unseres unerschütterlichen Bekenntnisses zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris und der Ergebnisse der COP26 und COP27 verpflichten wir uns zu umgehenden, ehrgeizigen und umfassenden Klimaschutzmaßnahmen in diesem Jahrzehnt, um die Erderwärmung auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, bis spätestens 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Zu diesem Zweck und aufbauend auf unserer im Juni in Elmau angenommenen Erklärung billigen wir die Satzung des Klimaclubs, wie von der Klimaclub-Taskforce festgelegt, und richten hiermit einen offenen und kooperativen internationalen Klimaclub ein. Indem wir uns insbesondere auf die Dekarbonisierung der Industrien konzentrieren, werden wir einen Beitrag zur Freisetzung grünen Wachstums leisten. Wir laden internationale Partner ein, dem Klimaclub beizutreten und sich an der weiteren Ausarbeitung seines Konzepts und seiner Struktur zu beteiligen. Dabei werden wir weiterhin eng mit einschlägigen internationalen Organisationen und Akteuren zusammenarbeiten. Wir ersuchen die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in Zusammenarbeit mit der Internationalen Energie-Agentur (IEA) ein Interimssekretariat bei sich einzurichten, das mit anderen internationalen Organisationen zusammenarbeitet.

Unter Hinweis auf unsere Verpflichtung, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2030 aufzuhalten und umzukehren, werden wir intensiv auf erfolgreiche Ergebnisse der 15. Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 15) hinarbeiten, insbesondere auf die Annahme eines ehrgeizigen und wirksamen globalen Rahmenwerks für biologische Vielfalt mit klaren und messbaren Zielvorgaben sowie auf dessen unverzügliche und rasche Umsetzung. Diesbezüglich sind wir entschlossen, Mittel aus allen Quellen zu mobilisieren und unsere nationalen und internationalen Finanzmittel für den Umweltschutz bis 2025 deutlich aufzustocken, um die

Umsetzung eines ehrgeizigen globalen Rahmenwerks zu unterstützen. Wir ermutigen Staaten außerhalb der G7, sich uns in diesem Unterfangen anzuschließen.

Während wir die Bereitstellung unserer Beiträge zur Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen (PGII) beschleunigen, um unseren weltweiten Partnern ein besseres Angebot für nachhaltige, inklusive, klimaresistente und hochwertige Infrastrukturinvestitionen zu machen, begrüßen wir die Fortschritte bei den Partnerschaften für eine gerechte Energiewende (Just Energy Transition Partnerships – JETP) mit Südafrika und Indonesien, die Leuchtturmprojekte für die multilaterale Zusammenarbeit, eine gerechte Energiewende und nachhaltige Investitionen darstellen, und sehen einem raschen Abschluss der Verhandlungen über eine JETP mit Vietnam sowie weiteren Fortschritten mit Indien und Senegal erwartungsvoll entgegen. Wir werden unsere Zusammenarbeit innerhalb einer PGII-Arbeitsgruppe verstärken, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen, bis 2027 bis zu 600 Milliarden US-Dollar zu mobilisieren, und werden uns im Hinblick auf die JETP im Rahmen der JETP-Arbeitsgruppe abstimmen.

In Bekräftigung unseres uneingeschränkten Bekenntnisses zur Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit und zur konsequenten Berücksichtigung dieses Themas in allen Politikbereichen begrüßen wir die zentralen Empfehlungen des Gleichstellungsbeirats (Gender Equality Advisory Council – GEAC) und sehen dem Eingang des vollständigen Berichts des GEAC bis Ende des Jahres erwartungsvoll entgegen. Wir danken dem diesjährigen GEAC für seine wichtige Arbeit, bekräftigen unsere Absicht, den GEAC als festen Bestandteil aller G7-Präsidentschaften einzuberufen, und sehen seiner weiteren Stärkung erwartungsvoll entgegen.

In diesem Jahr haben wir Fortschritte bei der Verbesserung der globalen Gesundheitsarchitektur mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Zentrum und im Hinblick auf unsere Fähigkeit zur Verhütung, Vorsorge und Reaktion bezüglich zukünftiger Notsituationen im Bereich der globalen Gesundheit sowie bei der Erreichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung erzielt, insbesondere durch den in Elmau gebilligten G7-Pandemiepakt. Wir begrüßen die erfolgreiche siebte Wiederauffüllung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (Globaler Fonds). Wir werden unsere Anstrengungen bei der Ausbildung und Qualifizierung von Gesundheitspersonal intensivieren und unsere Überwachungskapazitäten stärken, um Ausbrüche und Varianten unter Einbeziehung des One-Health-Ansatzes so früh wie möglich zu erkennen. Wir werden die Wissenschaft weiter bei der Entwicklung sicherer und wirksamer Impfstoffe, Therapeutika und Diagnoseverfahren unterstützen.

Unter deutscher Präsidentschaft haben wir, die G7, zusammen mit weiteren internationalen Partnern unsere Entschlossenheit unter Beweis gestellt, gemeinsam sowohl große systemische Herausforderungen als auch die unmittelbaren Krisen unserer

Zeit anzugehen. Unsere Verpflichtungen und Maßnahmen ermöglichen Fortschritt für eine gerechte Welt. Im Hinblick auf den G7-Gipfel 2023 in Hiroshima unter dem Vorsitz Japans und unsere Unterstützung der indischen G20-Präsidentschaft sind wir standhaft und geeint in unserem unverbrüchlichen Bekenntnis zum Wiederaufbau einer friedlichen und nachhaltigen Zukunft in Wohlstand für alle Menschen.